

Rede

des

Reichstagsabgeordneten Bebel

über den

Reichsetat

nach dem amtl. stenograph. Berichte.



Dresden,

Verlag von H. Schöler.

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, ich weiß nicht, ob es in irgend einem Parlament eines europäischen Großstaates möglich wäre, daß bei einer so wichtigen Vorlage, wie diejenige ist, in deren Berathung wir uns gegenwärtig befinden, der erste Minister des Landes, der einzig verantwortliche Minister des Reichs nicht zugegen ist, um vor der Volksvertretung seine Ansichten über die europäische Lage und speziell die Lage des Reiches zu entwickeln. Statt dessen, meine Herren, hören wir von einem seiner Unterbeamten hier ein kurzes wenig sagendes Exposé, das sich ganz trocken und rein zahlenmäßig verhält, im Uebrigen hören wir über die allgemeine Lage der Dinge so gut wie nichts. Es scheint, daß es den officiösen Zeitungen vorbehalten bleibt, die Andeutung der Wege zu geben, die in der großen Politik von seiten des Herrn Reichskanzlers früher oder später sollen eingehalten werden. Ich gestehe, daß es mir lieber gewesen wäre, einen Vortrag über die auswärtige Politik von seiten des Reichskanzlers zu hören, als einen solchen von dem Abgeordneten von Kardorff; jedenfalls würden wir dann besser wissen, wie wir uns in Bezug auf die sowohl jetzt wie auch später an uns herantretenden Fragen, die immer und immer wieder nur für das Volk neue und gewaltigere Mehrbelastungen in Aussicht stellen, zu verhalten haben. Ich bekenne allerdings, daß für mich diese Fragen weniger schwer zu beantworten fallen, wie für manchen Anderen in diesem Hause. Indesß wäre es mir und meinen Parteigenossen immerhin interessant gewesen, und auch wichtig für die Stellung meiner Partei zu manchen Fragen, zu hören, wie wir im Augenblick in den großen europäischen Fragen zu den maßgebenden Mächten stehen.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat uns das Gespenst des russischen Nihilismus und Panславismus an die Wand gemalt. Er ist damit einer officiösen Weisung der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung gefolgt, die in den letzten Tagen ganz in demselben Styl Deutschland und das Parlament gruselig zu machen gesucht hat. Wer indessen die Verhältnisse etwas besser kennt, als dies nach dem Vortrage zu urtheilen bei Herrn von Kardorff bezüglich Rußlands der Fall zu sein scheint, der weiß, daß bei der beliebten Darstellung sehr viel Gemachtes und Falsches ist, und daß Rußland von allen europäischen Staaten im gegenwärtigen Augenblick derjenige ist, der zu allerletzt daran denken kann, einen großen europäischen Krieg, was ein Krieg Rußlands mit Deutschland unbedingt und unrettbar bedeutete und werden würde, in Szene zu setzen. Leute, die denken, wissen allerdings, daß schon seit geraumer Zeit, und zwar von dem

Moment an, wo die neue Vorlage für die Armeevermehrung zwar öffentlich noch nicht in Aussicht stand, aber jedenfalls im Kriegsministerium, in den höchsten Kreisen geplant war, ja vielleicht schon fix und fertig vorlag, Monate lang fortgesetzt in den der Regierung nahestehenden Organen auf Rußland losgeschlagen und das Gespenst eines russisch-deutschen Krieges in nächste Aussicht gestellt wurde. Wir haben da zu hören bekommen, welche ungeheueren Truppenansammlungen angeblich in Polen, überhaupt in den westlichen Provinzen Rußlands vorgenommen würden, und wie alles darauf hindeute, daß Rußland bei nächster bester Gelegenheit über Deutschland herzufallen gedente.

Eins ist mir nur bei dieser Heze aufgefallen, nämlich, während man in offiziöser Weise in dieser Art gegen Rußland, den „Erbfreund“ hegte, daß man auf der anderen Seite den „Erbfeind“ Frankreich vollständig ignorirte, ja vielmehr nicht ignorirte, sondern im Gegentheil sogar eckholirte, daß man nur Günstiges über es glauben machte. Man sprach von der Ueberzeugung, die man überoll habe, daß die gegenwärtigen Leiter der französischen Politik und das französische Ministerium überhaupt weit entfernt sei, irgendwie Rachegeanken gegen Deutschland zu hegen, und daß ein Krieg mit ihm in Aussicht stehe. Leute, die auch etwas von Politik zu verstehen meinen, sind der Ansicht, es sei darauf abgesehen gewesen, das Gespenst einer russisch-französischen Allianz, das seit zehn Jahren vor uns steht, zu bannen, um mit Rußland allein fertig zu werden.

Was wir über die einst sicher eintretende französisch-russische Allianz schon früher gedacht, dafür erinnere ich an die Verhandlungen und meine und meiner Freunde Reden im norddeutschen Reichstag anläßlich der zweiten Anleihe für die Fortsetzung des Krieges im November 1870 und an die späteren Verhandlungen, wo nachdrücklich auf diese drohende Allianz hingewiesen wurde, und wir voraus sagten, daß für Frankreich, durch das Vorgehen Deutschlands gezwungen, die russische Allianz einst eine Nothwendigkeit wäre, und die weitere Folge sei, daß Deutschland nicht in die Lage kommen würde, seine militärischen Rüstungen und Lasten abzumindern. Früher hat man uns ja immer gesagt, sobald Deutschland einig sei, werde die Last, die früher Preußen allein zu tragen hatte, geringer werden, weil sie nun von allen deutschen Bundesbrüdern gemeinsam getragen werde. Wir wiesen schon damals darauf hin, daß die Folge unserer auswärtigen Politik sein würde, daß die Last, anstatt sie geringer zu machen, im Gegentheil stetig vergrößert werden müsse.

Ich habe dann später im Jahre 1872, als von seiten der Fortschrittspartei hier das Verlangen gestellt wurde, man möge die so drückende Salzsteuer vermindern, gesagt: die Herren von

der Fortschrittspartei irren sich sehr, wenn sie meinen, daß eine Herabminderung der Steuer in Deutschland möglich sei, wir werden das Gegentheil erleben, wir werden erleben, wie uns neue militärische Reformen immer ärger drücken, wie sie uns schließlich erdrücken. Die „Wespen“ haben vor kurzer Zeit ein recht hübsches Bild in dieser Beziehung gebracht; es waren die drei Frösche: Deutschland, Frankreich und Rußland, die einer den anderen im Aufblasen beständig überbieten, bis sie schließlich alle drei plagen.

Nun ist von seiten der Vertheidiger dieses Stats ausgesprochen worden, man möge doch in Anbetracht der europäischen Situation, in der wir uns befänden, um Gotteswillen nicht wegen der paar Millionen, die mehr gefordert würden, sich streiten, sondern man möge aus gutem Patriotismus auf dem Altar des Vaterlandes diese kleine Summe opfern. Meine Herren, dieses Lied haben wir seit 10 Jahren singen hören, und in den verschiedensten Tonarten, aber der Grundton war immer neue Lasten und neue Steuern. Der Herr Vertreter des Bundesraths hat sich gestern die Mühe gegeben, die Zahlen des Budgets in der Art zu gruppieren, daß er herauszurechnen versuchte, die Ausgaben für Militärzwecke seien gegen das vorige Jahr sogar geringer geworden. Das Sprichwort sagt zwar: Zahlen sind halsstarrige Dinger, aber es kommt doch darauf an, wie man dieselben gruppirt. Meine Herren, ich glaube, es ist keinem in diesem Hause ein Geheimniß, wie es kam, daß der Herr Vertreter der Bundesregierungen eine Verminderung der Militärlasten herausrechnen konnte; er brachte dies einfach dadurch fertig, daß er die regelmäßigen und einmaligen Ausgaben zusammenwarf und bei den geringeren Summen, die jetzt für einmalige Ausgaben im Verhältniß zu früheren verlangt werden, weil die Fonds aufgebraucht wurden, — ein Minus für die Militärausgaben erzielte, während in Wahrheit für die regelmäßigen Ausgaben, und diese sind allein entscheidend, eine Mehrausgabe vorhanden ist. In Wahrheit sind also die ordentlichen Ausgaben wiederum gesteigert worden, sie werden sich in diesem Jahr auf über 4 Millionen Mark mehr belaufen, und diese Steigerung ist bisher von Jahr zu Jahr vorhanden gewesen, wir sind seit der Konstituierung des deutschen Reichs ganz außerordentlich mit dem Militäretat in die Höhe gegangen. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß nach den Vorlagen, die in militärischer Beziehung weiter zur Berathung vorliegen und höchst wahrscheinlich zur Annahme gelangen werden, die Ausgaben für Militär- und Kriegszwecke sich weiter bedeutend erhöhen werden. Die geringere Belastung, die der Herr Bundeskommissar herausrechnete, ist also nur scheinbar und nur durch die ange deutete Zahlengruppirung entstanden. Auf der anderen Seite steht, wie ausgeführt, fest, daß die regelmäßig wiederkehren-

den Ausgaben erheblich vermehrt worden sind. Es ist aber auch bei keinem Wissenden ein Zweifel darüber vorhanden, daß diese Ausgaben sich nicht bloß durch die angeedeutenden Vorlagen, die eine Verstärkung der Armee verlangen, sehr wesentlich erhöhen werden; man weiß weiter, daß im Hintergrund das Kasernirungsgesetz lauert; wir wissen, daß auch die Einnahmen in den verschiedensten Zweigen trotz der erhöhten Steuern bei weitem nicht das gebracht haben, was man sich versprochen hat. Auch ist man im Kriegsministerium im vollen Ernst der Meinung, man habe bisher sich aufs äußerste an allen Ecken und Enden eingeschränkt und gespart. Kommen erst wirklich höhere Einnahmen in Folge der bereits eingeführten und der noch einzuführenden Steuern, so habe ich die feste Ueberzeugung, daß auch diese Summen des weiteren für Militärzwecke verbraucht werden. Wir werden schließlich wohl dahin kommen, daß das jetzt schon bestehende Mißverhältniß im Reiche zwischen den Ausgaben für Militärzwecke und Kulturzwecke, das der Herr Bundeskommissar damit zu widerlegen versuchte, daß er auf die große Steigerung der Ausgaben hinwies, die z. B. der preußische Etat, namentlich in Bezug auf den Kultusetat, aufzuweisen habe, — ich sage, wir werden in kurzer Zeit dahin kommen, daß die Steigerung des Militäretats eine ganz ähnliche Steigerung aufweist, wie jetzt in Preußen der Kultusetat — letzteres zu meiner Freude und auch sehr im Interesse des Volkes. Hierbei möchte ich aber noch eines nicht vergessen lassen. Der Militäretat ist speziell in Preußen von jeher das Schoßkind der Staatsgewalt gewesen. Er konnte, da er schon immer sehr hoch stand, selbstverständlich prozentualisch nicht so rasch steigen, wie der Jahrzehnte lang aufs tiefmütterlichste bedachte Kultusetat. Man muß beachten, daß verhältnißmäßig so geringfügige Summen wie jene, um die es sich beim Kultusetat handelt, sehr leicht eine prozentuale Steigerung um 100 bis 250 Prozent, also um das zweieinhalbfache erfahren konnten, ohne zu groß zu sein, während bei den Unsummen, die der Militäretat, namentlich seit der Konstituierung des deutschen Reichs alljährlich verschlingt, die prozentuale Steigerung eine ungleich geringere sein muß, aber dennoch auf der Masse der Bevölkerung um so ungleich drückender lastet.

Man hat uns freilich von seiten des Herrn von Kardorff auf die neuen Steuern verwiesen und damit zu trösten versucht, daß in den nächsten Jahren unzweifelhaft diese doch höhere Einnahmen geben würden, und damit die Möglichkeit vorhanden sei, die an uns gestellten höheren Anforderungen ohne neue Belastung der Bevölkerung zu decken. Ich glaube, daß die hier von mir gemachten Ausführungen schon jetzt für jeden das eine feststellen werden, daß diese Mehreinnahmen, wenn sie auch noch bedeutend

höher sind, als sie jetzt in Aussicht gestellt werden, durch die Mehrausgaben des Militäretats vollständig verschlungen werden. Es ist weiter festzustellen, daß die ehemals großen Bestände aus der französischen Kriegskontribution so gut wie aufgebraucht sind, und demgemäß in den nächsten Jahren an den Reichstag die weitere Anforderung herantreten wird, daß alle die Einrichtungen, welche für diese Milliarden geschaffen wurden, nunmehr, nachdem sie allmählich verschleißt und abgenutzt worden sind, ersetzt oder durch neuere, besser befundene Einrichtungen und Anschaffungen ergänzt werden müssen. Auf diese Weise haben wir die sichere Aussicht, daß auch die jährlich wiederkehrenden einmaligen Ausgaben das Budget des Reichs im Laufe der nächsten Jahre nicht vermindern werden, sondern im Gegentheil dies noch eine bedeutende Steigerung erfahren wird. Ich meine, wenn ein derartiger Zustand der Dinge vorhanden ist, wie ihn eigentlich niemand bestreiten kann, dann wäre es doch richtig zu fragen, wo liegt denn der Grund zu alle dem? Die Herren haben sich gestern und heute mit dem Etat befaßt, sie haben mit großem Scharfsinn kalkulatorische Berechnungen aufgestellt, sie haben berechnet, daß hier ein Milllionchen zu viel und dort ein paar Millionen zu wenig angelegt worden seien. Aber meiner Ueberzeugung nach kommen wir bei dieser Methode zu keinem guten Ende und Resultat; das Fazit wird, bei dieser Art zu rechnen, zu untersuchen schließlich immer bleiben: erneute Vermehrung der Ausgaben und erhöhte Lasten für das Volk! Der Fehler liegt nicht in der Kalkulation, er liegt in dem System, welches herrscht, und so lange dieses System existirt, wird selbstverständlich an eine Veränderung der Ausgaben, an eine Besserung der Zustände nicht gedacht werden können.

Es ist nun nothwendig, hier auf die ganz überraschend gekommene neue Militärvorlage hinzuweisen, die nicht allein ganz Europa, die ganze kultivirte Welt im höchsten Grade überrascht hat, sondern die namentlich auch die armen Finanzminister in den Einzelstaaten in Verzweiflung gesetzt hat, weil damit alle die schönen Berechnungen, die sie sich gemacht, vollständig über den Haufen geworfen worden sind. Anstatt einen Ueberschuß zu erhalten, wie sie anfangs geglaubt, haben sie später mit knapper Noth und mit Aufbietung außerordentlicher Mittel eine Bilanzirung noch für möglich gehalten und heute stehen sie rathlos vor einem Defizit.

Meine Herren, es ist in der letzten Zeit öfter als sonst die sehr naheliegende Frage aufgeworfen worden, wo das hinaus, wie das enden soll, und wer eigentlich die Schuld an diesem Zustand trage. Als ein sehr deutliches Symptom der unbehaglichen Stimmung, selbst in den maßgebendsten Kreisen, glaube ich den

Brief ansehen zu müssen, den der Herr Graf von Moltke vor einiger Zeit nach den Zeitungsberichten an einen gänzlich unbekanntem Arbeiter in Sachsen schickte, der sich an ihn mit der Frage gewandt hatte, ob denn dieser beständigen Steigerung der Kriegslasten kein Ende bereitet werden könnte. Der Herr Graf von Moltke hat ihm darauf nach den Zeitungen folgendes geantwortet:

„Wer theilte nicht den innigen Wunsch, die schweren Militärlasten erleichtert zu sehen Nicht die Fürsten und Regierungen verschließen sich ihm, aber glücklichere Verhältnisse können erst eintreten, wenn alle Völker zu der Erkenntniß gelangen, daß jeder Krieg, auch der siegreiche ein nationales Unglück sei“, (wonach also auch der Krieg von 1870—71 als ein solches anzusehen wäre). „Diese Ueberzeugung herbeizuführen, vermag auch die Macht unseres Kaisers nicht. Sie kann nur aus einer besseren religiösen und sittlichen Erziehung hervorgehen, einer Frucht von Jahrhunderten weltgeschichtlicher Entwicklung, die wir beide nicht erleben.“

Es ist merkwürdig. In dem Zeitraume, wo nach der Versicherung des Bundeskommissars der Kultusetat so bedeutend zugenommen und Mittel für die bessere Erziehung des Volkes im Sinne des Grafen von Moltke zu wirken, gewährt hat, in demselben Zeitraum sehen wir die Kriegsgefahren in Europa in einer Weise gesteigert, wie es in 50 Jahren nach 1815 nicht der Fall war. Das ist ein Widerspruch, den ich mir nach der Logik des Grafen von Moltke nicht erklären kann; es scheint mir, daß mit der sittlichen und religiösen Erziehung in dem Sinne, wie sie Graf Moltke meint, nicht auskömmlich geholfen werden dürfte. Neu aber ist mir, daß direkt gesagt wird, die Völker seien an den Kriegen schuld, es seien nur die Völker gewesen, die es herbeigeführt, daß wir in dem letzten Zeitabschnitt unserer Geschichte so viel Kriege gehabt. Ja, meine Heeren, träume ich? Ich kann mich noch sehr genau einer Periode aus der Geschichte erinnern, die ich selbst erlebt habe — und ich bin nicht alt, es war in den sechziger Jahren, — die sich mir ganz anders darstellt. Es war ja wohl 1863 und 66, wo das preussische Abgeordnetenhaus als Repräsentant des preussischen Volks keineswegs auf den Krieg eingehen wollte, der schließlich gegen seinen Willen geführt wurde. Unmöglich kann die Volksvertretung, die als Ausdruck des Volkswillens angesehen wird, es sein, die man für jene Kriege verantwortlich macht. Sollte der Standpunkt des Grafen von Moltke der richtige sein, dann kommen wir konsequenter Weise zu einer Forderung, die meine Partei bereits seit Jahren vertritt, und es ist mir höchst interessant und wichtig, eine

so bedeutende Kapazität, wie der Graf von Moltke ist, mit uns harmoniren zu sehen; es ist dies die Forderung, es müsse das Recht des Kriegs- und Friedensschlusses, was jetzt der obersten Reichsgewalt zusteht, allein auf die Volksvertretung, oder weit richtiger noch, auf das ganze Volk übertragen werden. Sind es wirklich die Völker, die, wie Graf von Moltke glaubt, an dem Kriege schuld seien, dann sollen die Völker auch entscheiden, ob sie Krieg oder Frieden wollen. Dann kann man mit Recht sagen, wenn ein Volk in seiner Mehrheit den Krieg diktiert, das Volk hat es gewollt, ergo muß das Volk auch den Nachtheil und den Schaden tragen, der aus einem Kriege erwächst, sowohl die Nachtheile des Sieges wie der Niederlage, die in beiden Fällen nach der Ansicht des Grafen von Moltke vorhanden sind.

Nun, meine Herren, Sie sehen, wir kommen aus den Widersprüchen nicht heraus und kommen nicht zur vollständigen Klarheit. Man sagt uns ferner, die europäische Lage ist derart beschaffen, daß Keiner dem Anderen traut, und daß wir jeden Augenblick Gefahr laufen, einer europäischen Koalition gegenüberzustehen. Es sind uns, um uns dies recht deutlich zu machen, in einer der Vorlagen alle unsere Nachbarn aufgezählt, die Deutschland in eine so äußerst gefährdrohende Position hineinbringen sollen. Ja, meine Herren, das kommt mir gerade so vor, als wenn ein Privatmann, der doch auch verschiedene Nachbarn rechts und links hat, sagte: ich muß, obgleich ich keinen Anlaß dazu gebe, riskiren, daß meine Nachbarn sich gegen mich verschwören und mich auf die schwerste Weise schädigen. Ist dieser Fall denkbar? Jeder weiß, daß, wenn er sich mit seinen Nachbarn vertragen will, er sich bemühen muß, sich mit ihnen auf einen guten Fuß zu stellen, daß also die Art und Weise, wie er mit seinen Nachbarn verkehrt, der wesentlichste Grund ist für Frieden oder Unfrieden, den er mit seinen Nachbarn hat. Ich denke, meine Herren, die Moral, die im gewöhnlichen bürgerlichen Leben gilt, sollte und müßte auch für die Stellung der Staaten unter einander maßgebend sein. Ich meine, daß die Politik im Großen für den Staat nichts anderes bedeute, als daß ein Ministerium, eine Regierung für den Staat dieselbe Rolle spielt, die ein ordentlicher Hausvater in seinem Hausstand, allen seinen Familienangehörigen gegenüber einnimmt. Er wird zunächst verantwortlich gemacht, wenn es in seinem Hausstand nicht so aussieht, wie es sein sollte und könnte, und die Nachbarschaft mit Recht verlangen kann, und so glaube ich, ist es auch mit den Staaten der Fall und speziell mit uns. Ja, ich glaube, die Untersuchung, wer eigentlich der Hauptstreiter und Friedensstörer in Europa sei, könnte unter Umständen zu ganz eigenthümlichen uns nicht angenehmen

Resultaten führen. Jedenfalls ist es eine Thatsache, die sich nicht bestreiten läßt, daß von dem Momente an, wo die preussische Armeeeorganisation ins Leben trat und ihre Probe in den darauf folgenden Kriegen glücklich bestand, wir aus der Steigerung der Rüstungen in Europa nicht herausgekommen sind. Ich glaube ferner, es wird keine große Mühe kosten nachzuweisen, daß überall zuerst Preußen, später der norddeutsche Bund, noch später das deutsche Reich es waren, die allen europäischen Staaten in den Rüstungen voraus marschirten, und das speziell das deutsche Reich, sobald es sah, daß irgend einer seiner Nachbarn nahezu auf die Stufe der Rüstungen gestiegen, die der seinen ungefähr gleichsam, es sofort für nothwendig hielt, stärkere Rüstungen vorzubereiten und damit abermals zum Wettkampfe herauszufordern. Nun heißt es, unsere Stellung, unsere centrale Lage sei schuld, wir seien eingekleint zwischen verschiedenen Großstaaten und nicht in der Lage, uns beliebig bewegen zu können. Mehr oder weniger gilt das von anderen Staaten auch, und wenn der eine Staat vielleicht an seinen Grenzen weniger Großmächte zu Nachbarn hat wie der andere, hat er umso mehr Küsten, die auch der Gefahr des Kriegseinbruchs so gut offen stehen oder nahezu so gut, wie Landstrecken. Aber, meine Herren, der gesunde Verstand sagt: bin ich in einer aparten Lage, so stelle ich mich mit meinen Nachbarn in das denkbar beste Verhältniß. Ich frage mich: gibt es nicht Mittel und Wege, mich mit meinen Nachbarn auf guten Fuß zu stellen, anstatt daß gegenseitig eine derartige Ueberspannung der Kräfte eintritt, die schließlich unrettbar zum Ruine führen muß? Sehen wir einmal unsere Nachbarn, die Großstaaten, ein wenig an. Ich glaube, England kann von vornherein ganz aus dem Spiel bleiben. Daß mit Oesterreich ernsthaft heutzutage an einen Krieg gedacht werden kann, glaubt in diesem Hause, glaubt in ganz Deutschland niemand, und wenn darüber noch Zweifel bestanden hätten, die Verhandlungen der österreichischen Kammern in der letzten Zeit dürften in dieser Beziehung vollauf Aufklärung und Beruhigung gegeben haben. Wenn irgend ein Staat in Europa des Friedens bedarf, so ist es Oesterreich, die anderen Länder freilich mehr oder weniger nicht minder. Italien kommt höchstens für Oesterreich in Betracht, für uns gar nicht. So sind bloß Rußland und Frankreich in Frage, also das Gespenst der russisch-französischen Allianz. Nun, meine Herren, der russische Panславismus, der allerdings ähnliche Ziele verfolgt, wie sie der Abgeordnete von Kardorff uns vorgestellt hat, der sitzt in Rußland nicht am Ruder, vorläufig nicht, und ob er unter dem Nachfolger des jetzigen russischen Kaisers ans Ruder kommt, das müssen wir erst abwarten. Das eine steht aber fest, Rußland hat mit seinen inneren Zuständen derart

zu thun und ist so desorganisirt, daß das Manöver, das allenfalls ein Napoleon bei einem so gut geordneten Staatswesen, und bei einem so reichen Lande, wie Frankreich es ist, wagen konnte, nämlich die revolutionären Kräfte von Innen nach Außen durch einen Krieg abzulenken, in Rußland nicht möglich ist. Wenn Sie das wirklich glauben, was Herr von Kardorff andeutete, so täuschen Sie sich ganz gewaltig. Rußland ist gegenwärtig in dieser Beziehung vollständig und auf lange hinaus lahm gelegt. Wenn es den bevorstehenden Systembruch erleidet, so ist die weitere nothwendige Folge, daß Rußland gezwungen ist, mit großartigen Reformen auf den verschiedensten Gebieten vorzugehen, was auf viele Jahre hinaus die ganzen Kräfte der Nation in so erhöhtem Maße in Anspruch nimmt, daß die äußeren Verhältnisse ganz und gar ins Hintertreffen treten. Rußland ist thatsächlich, wenn man die Sache richtig beurtheilt, in der Lage, niemanden zu fürchten, es ist aber auch in der Lage, daß es von niemand gefürchtet zu werden braucht. In Rußland ist weder für uns, noch für Oesterreich, noch für seine anderen Nachbarländer etwas zu holen.

So steht es mit Rußland, meine Herren. Auf der anderen Seite steht Frankreich, und da behaupte ich nun, daß hier der Kardinalfehler der deutschen Politik liegt, der uns in die Lage gebracht, in der wir uns gegenwärtig befinden, in die Lage, die inaugurirt worden ist mit dem Moment, wo der Vertheidigungskrieg des Jahres 1870 dazu überging, daß es hieß: wir müssen die alten einstmals zu Deutschland gehörigen Provinzen wieder erobern. Ich werde diese sehr sizliche und heikle Frage mit größter Ruhe und Objectivität behandeln.

(Zur Sache! rechts.)

— Meine Herren, meine Ausführungen dauern nicht lange, trösten Sie sich! — Ich will zunächst hervorheben, — und diese Frage spielt ja in fast alle unsere Verhandlungen hinein — daß selbst vom rein ökonomischen Standpunkt aus es sehr fraglich sein kann, ob die Annexion jener Provinzen uns Vortheil gebracht hat; ich behaupte, meine Herren, und bin eventuell bereit, die Beweise dafür anzutreten, daß z. B. der Nothstand, der gegenwärtig, ähnlich wie in Oberschlesien, in verschiedenen sächsischen Weberindustriebezirken herrscht, ganz wesentlich durch die ganz immense Konkurrenz herbeigeführt worden ist, die die elsass-lothringische hoch entwickelte Webindustrie der deutschen bereitet. Diese plötzliche Konkurrenz brachte eine totale Umgestaltung aller Produktions- und Arbeitsverhältnisse, wie der Preise mit sich. Aber, meine Herren, ich behaupte, auch in politischer Beziehung haben wir keinen Vortheil davon, man sagt zwar, jetzt seien unsere Grenzen gesicherter als früher. Mit welchen Opfern das

erkauft wurde, dafür ist der Militäretat der deutlichste Beweis, und in wie fern sich das System bewährt, darüber hat natürlich, ich setze hinzu, leider, der nächste Krieg zu entscheiden. Aber meine Herren, es gäbe meines Erachtens noch einen anderen Weg, einen Weg, der uns vollständig aus unserer gegenwärtigen höchst peinlichen und auf die Länge unerträglichen Stellung herausbrächte. Und das wäre, wenn wir in der offensten, freundschaftlichsten Weise uns mit unserem Nachbarlande Frankreich, mit jenem Lande, das so viele gemeinsame Interessen mit uns hat und mit uns gemeinsam an der Spitze der Zivilisation marschirt, trotz alledem, was gegen Frankreich gesagt worden ist, ja vielleicht noch in höherem Grade an der Spitze marschirt wie wir, auseinanderzusetzen, wenn wir uns mit diesem auf freundschaftlichen Fuß zu stellen suchen, unsere politischen Verhältnisse mit diesem Lande so zu ordnen suchen, daß wir an ihm statt eines Feindes für künftig einen Freund haben. Selbstverständlich wäre in diesem Falle das erste die Entscheidung über das, was mit Elsaß-Lothringen geschehen solle und ich würde der Bevölkerung in erster Linie die Entscheidung hierüber vindiziren. In zweiter Linie würden durch einen einzuberufenden europäischen Areopag gewisse Bestimmungen insofern festzustellen sein,

(Unruhe.)

— Ich bitte, hören Sie mich ruhig an.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Ich möchte den Herrn Abgeordneten Bebel bitten, diese Excursion nicht zu weit zu führen. Ich weiß, daß es herkömmlich ist, daß bei Statsberathungen den Ausführungen der Redner auch bei den Angriffen, die sie gegen die Reichsregierung zu richten haben, die weitesten Grenzen gezogen worden sind; ich glaube aber doch, daß ein Exkurs über die Zukunft von Elsaß-Lothringen mit der Berathung des Stats nicht im Zusammenhange steht. Ich bitte deshalb den Herrn Abgeordneten, seine Ausführungen hierüber auf das möglichst geringe Maß zu beschränken.

(Zustimmung.)

Abgeordneter Bebel: Meine Herren, wenn der Herr Reichskanzler den von mir gewünschten Vortrag über die europäische Politik gegeben hätte, dann, glaube ich, würde der Beweis sehr deutlich hervortreten, daß meine Ausführungen mit dem Etat in nächster Beziehung stehen. Ich bin weit entfernt, der Reichsregierung allein aus der Annexion von Elsaß-Lothringen hier einen Vorwurf zu machen, denn der Reichstag hat das alles später gutgeheißen. Ich habe mich also hier über die Lösung einer Frage verbreitet, die, wie ich ohne Widerstreben zugebe, von

der großen Mehrheit des deutschen Volkes seiner Zeit freudig begrüßt worden ist. Aber das schließt doch nicht aus, daß man heute, nachdem die Folgen jener Lösung der Frage sich deutlicher gezeigt, einmal eine gegentheilige Meinung aussprechen kann und Wege angeben darf, die zu einem guten Ziele führen. Es ist freilich ein Sozialdemokrat, der sie angibt, und das gibt der Frage schon ein anderes Aussehen, einen unangenehmen Beigeschmack, aber wir sind nun einmal da und haben das Recht zu reden so gut wie Sie.

Meine Herren, ich würde also für die Lösung des Falles weiter vorschlagen, daß sämtliche Festungen in Elsaß-Lothringen zu schleifen seien, daß das Land nie mit Garnisonen belegt werden darf, daß ferner nie neue Befestigungen angelegt werden dürfen und daß endlich alles das, was Deutschland an Kosten für Elsaß-Lothringen nach den verschiedensten Richtungen angewendet hat, von Frankreich, wenn das Land entscheidet, zu Frankreich wieder gehören zu wollen, dem Reich zurückzuzahlen sei. Und dann, meine Herren, sollten wir diese Milliarden oder wenigstens viele Hunderte von Millionen, die wir bekommen, nicht wie ehemals verwenden, damit die Gründer uns wieder in neue ökonomische Kalamitäten hineinführen können, sondern zur Verminderung unserer Steuern auf der einen Seite und zur Verbesserung unserer Kulturzustände auf der anderen. Das würde meines Erachtens eine Lösung der Frage sein, die sehr wesentlich von jener absticht, der wir einst, meiner Ueberzeugung nach sehr zum Schaden unserer selbst, zum Schaden Europas, zum Schaden der ganzen gesitteten Welt nothwendigerweise entgegengehen.

Meine Herren, damit wäre allerdings meines Erachtens immer noch nicht vollkommen die Frage gelöst, der wir heute gegenüberstehen, nämlich: wie können diese enormen Lasten, die das Volk auf die Dauer nicht zu ertragen vermag, die es aufs schwerste in seinen Interessen schädigen, sehr erheblich vermindert werden? In dieser Beziehung scheint mir die neue Vorlage, welche die Reichsregierung dem Reichstage unterbreitet hat, in gewisser Richtung gewichtige Andeutungen zu geben.

Meine Herren, nach der Vorlage über die Verstärkung der Armee wird beabsichtigt, eine ganze Reihe von neuen Regimentern Batterien u. s. w. ins Leben zu rufen, die nach den gemachten Aufstellungen an ordentlichen Ausgaben alljährlich über 17 Millionen Mark betragen und an einmaligen Ausgaben über 26 Millionen Mark, wenn sie in der Weise ins Leben gerufen werden, wie verlangt wird. Wir wissen aber, daß derartige Voranschläge in der Regel weit eher überschritten werden, als daß man hinter ihnen zurückbleibt. So dürfte sich diese Summe in späterer Zeit noch

wesentlich erhöhen, umsomehr, als nach den weiteren Bestimmungen, die die Vorlage enthält, die Kosten z. B. für die Uniformirung, den Unterhalt der Ersatzreservemannschaften noch gar nicht in Anschlag gebracht sind. Also auch hier wieder neue sehr vermehrte Ausgaben. Sie gehen in die Millionen und ohne Ende und ohne Ziel!

Nun befürwortet die Reichsregierung in der diesbezüglichen Vorlage die Einübung der Ersatzreserve 1. Klasse um deswillen, damit sie die nothwendigste Vorbildung für den Kriegsfall erlange, und sie schlägt vor, zu diesem Zwecke eine zweimal achtwöchentliche Übungszeit und weiter eine zweimal zweiwöchentliche eintreten zu lassen, die dem Zwecke genügen würde, in Summa also 20 Wochen. Diese 20 Wochen genügen, wie man allerdings vom militärischen Standpunkt aus meint, noch keineswegs, um einen vollständig kriegstüchtigen Soldaten auszubilden, aber, meine Herren, ich glaube, wenn man statt 20 Wochen 40 setzte, dann würden diese vollkommen genügen, jeden zu einem kriegstüchtigen Soldaten zu machen. Es wäre also, wenn das möglich ist — und es ist nach meiner Anschauung möglich, und so gut möglich, wie heute alljährlich Tausende von Einjährig-Freiwilligen nach einem Jahre Dienst zum Offizierexamen zugelassen werden, um später als Reserve- und Landwehroffiziere einrücken zu können — der andere Weg zur Rettung gegeben neben dem von mir vorhin angedeuteten, der uns aus großer Bedrängniß befreit. Es muß eine sehr bedeutende Verkürzung der militärischen Dienstzeit eintreten, um die Mehrausgaben, die von Jahr zu Jahr gestiegen sind und immer höher steigen, bedeutend zu reduzieren. Ich wiederhole, die 20 Wochen, die zur vorläufigen Ausbildung dienen sollen, soweit, daß der Soldat äußersten Falles mit in die Schlachtlinie einrücken kann, verdoppelt, dürften genügen, die ganze Armee kriegs- und feldtüchtig zu machen, vorausgesetzt, daß man hierbei ausschließlich nur den Kriegs- und Vertheidigungszweck im Auge hat, dagegen der Kasernen- und Gamaschendienst, der Exerzier- und Paradebetrieb, wie er heutzutage getrieben wird, in Wegfall kommt. Das, meine Herren, würde unserem ganzen Heeresystem nicht nur einen ganz anderen Charakter verleihen, es würde auch in ganz bedeutendem Grade unsere Lasten vermindern und unsere Widerstandsfähigkeit erhöhen. Man sagt freilich, das ist das reine Milizsystem, und das reine Milizsystem hat sich bis jetzt noch nirgends bewährt. Man verweist dabei auf den amerikanischen Befreiungskrieg, auf die große französische Revolution u. s. w. u. s. w., man verweist zum Theil sogar auf den Krieg des vorigen Jahrzehnts, den in den Vereinigten Staaten die Nordstaaten gegen die Südstaaten gekämpft haben. Meine Herren, was tritt denn bei allen diesen Vorführungen zunächst als Hauptschwäche

des Milizsystems in den Vordergrund? Das ist meines Erachtens bisher noch viel zu wenig und namentlich von den Militärs zu wenig berücksichtigt worden. Einfach der Umstand, daß alle diese Armeen erst in dem Moment, wo sie gebraucht wurden, aus dem Boden gestampft und einexerziert wurden, daß aber eine mehrmonatliche vorherige systematische Ausbildung und Erziehung gefehlt hat. Was aber mit diesem System geleistet werden kann und geleistet wird, das hat meines Erachtens die alte preussische Heeresorganisation sehr praktisch gezeigt in den Jahren 1807 bis 1813. Damals konnte der französische Gesandte an seinen Kaiser schreiben:

Sire! Preußen hat zwar nach dem Frieden von Tilsit nur eine Armee von 47,000 Mann, aber in jeder Uniform stecken 3 Mann, weil man, nachdem man die Soldaten kriegstüchtig gemacht hat, dieselben wieder entläßt und andere 47,000 Mann einzieht.

Meine Herren, dieses System ist auch heutzutage noch nicht das schlechteste. Es ist nicht bewiesen, daß es den Anforderungen, die heutzutage vom technischen Standpunkt an die Ausbildung des Militärs gestellt werden, nicht genüge. Gut, glaubt man das aber, so gebe man statt 4, 5 Monate, es ist immer noch ein großer Unterschied zwischen 5 Monaten und 2 $\frac{1}{2}$ Jahr, was jetzt die durchschnittliche Dienstzeit ist, und lasse Uebungen folgen. Ich kann mich in dieser Beziehung nicht allein auf Autoritäten wie Radeky und Gneisenau berufen, die entschieden dem Milizsystem den Vorzug gaben, nein, meine Herren, auch ein tüchtiger preussischer Oberst der allerneusten Zeit hat in einem bekannten Werke, betitelt „Leon Gambetta und seine Armee“, — der Verfasser ist der Oberst Colmar Freiherr von der Goltz — eine Beschreibung und Kritik der aus dem Boden gestampften gambettistischen Armeen gegeben, die sehr lobend für diese ist. Wer dieses Buch gelesen hat, der wird fast auf jeder Seite finden, wie der im Militärstand erzogene und in dem jetzigen System emporgestiegene Oberst sich nicht enthalten kann, der Bewunderung für den damaligen Diktator von Frankreich den lebhaftesten Ausdruck zu geben. Gambetta und Freycinet sind es, die in diesem Buche das nahezu uneingeschränkte Lob eines alten Berufssoldaten bekommen. Meine Herren, diese Volksarmeen, die Veranlassung gegeben haben zu der erwähnten Kritik, sind es, die es möglich machten, daß nachdem Deutschland glaubte, den Frieden schon in der Tasche zu haben, es genöthigt war, noch 6 Monate weiter Krieg zu führen und zwar einen Krieg zu führen, dessen endlicher Ausgang, wie wir ihn erlebt, vielleicht nur ganz besonders glücklichen Umständen für den Sieger zu verdanken ist. Daß der Friede kam, wie er kam, dürfte geschuldet sein wesentlich dem rechtzeitigen Falle von

Netz, wodurch die Armee des Prinzen Friedrich Karl frei wurde, und der totalen Unfähigkeit des größten Theiles der französischen Generäle,

(Glocke des Präsidenten)

und speziell Bourbafis

Präsident: Ich bitte zu schweigen, wenn ich Sie anrede, Herr Abgeordneter Bebel!

Ich behaupte, daß diese Ausführungen sich doch gar zu weit von der Statberathung entfernen, und ich bitte Sie, sich jetzt in Ihren ferneren Ausführungen mehr an die Sache zu halten.

Abgeordneter Bebel: Es thut mir leid, wenn ich mich mit dem Herrn Präsidenten in Widerspruch setze. Ich gebe zu, es mag der Mehrheit der Herren nicht angenehm sein, was ich sage, aber

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Es handelt sich nicht darum, was den Herren angenehm oder unangenehm ist, sondern es handelt sich darum, daß die Bemerkungen, welche Sie jetzt über die Gambetta-Freycinet'schen Armeen von 1871 machen, in keinem Zusammenhang gebracht werden können mit dem Etat für 1880/81.

Abgeordneter Bebel: Allerdings, indem wir durch eine ähnliche Organisation den heutigen Etat bedeutend reduziert sehen wollen. Indes, ich habe genügend gesagt, was ich sagen wollte und im übrigen werden die Herren sich das Buch leicht verschaffen können und es wird für sie sehr lehrreich sein. Natürlich ist der betreffende Offizier strafversetzt worden wegen dieses Buches. Ich glaube, er würde viel richtiger in den preussischen Generalstab gehören, denn die Ideen, die in dem Buche ausgeführt sind, sind in der neuen Militärvorlage im wesentlichen adoptirt. Wenn im allgemeinen in der Armee die so verkürzte Dienstzeit durchgeführt würde, dann würden wir uns auf einem ganz anderen Fuß in Bezug auf unsere militärischen Ausgaben stellen können, als es bis jetzt geschehen ist. Ich weiß, daß dieser Standpunkt bis jetzt leider nicht von der Mehrheit des Volkes getheilt wird aus dem einfachen Grunde, weil eben die Masse des Volkes in alten Vorurtheilen groß gezogen worden ist und weil man demselben eingebläut hat: das müssen die Leute von Fach doch am besten wissen. Man sagt, wenn hochverdiente und tüchtige Männer aus dem Militärstand erklären, ein derartiges System ist unmöglich, dann ist es wirklich unmöglich. Meine Herren, in dieser Beziehung stehe ich gegenüber militärischen Autoritäten von Fach genau so, wie im vorigen Jahr sich verschiedene Redner hier gegenüber Fachmännern auf dem ökonomischen Gebiete stellte... Als man die Gewerbefreiheit wollte, durfte man nicht die Zunftmeister fragen, und man hat sie auch nicht, gefragt, und wenn wir

keine Eisenzölle wollten, durften wir nicht die Eisenproduzenten fragen. Diese Ansicht gilt zum großen Theil auch für die militärischen Fachmänner. Diese sind auch in militärischen Vorurtheilen groß gezogen, es ihr Handwerk sozusagen, das ihnen lieb und werth ist; es ist selbstverständlich, daß sie die Sache mehr von der schönen Seite als von der nichtschönen betrachten, die Nachtheile als einmal unvermeidliche ansehen und in den Kauf nehmen, aber weit entfernt sind, der Sache gründlich zu Leibe zu gehen. Da meine ich, ist es Sache der Volksvertretung in dieser Beziehung ein Veto einzulegen, und Wege zu zeigen, in die eingelenkt werden soll und in die eingelenkt werden muß. Meine Herren, ich weiß sehr wohl, heute wird das nicht geschehen, aber das weiß ich, daß es einstmals geschehen wird. Die Dinge, wie sie jetzt liegen, deuten auf einen europäischen Krieg hin, was aber hinter einem europäischen Krieg steht, weiß vorläufig keiner von uns. Aber ich möchte es den Herren zu bedenken geben.

Präsident: Es meldet sich niemand weiter zum Wort; ich schließe die Berathung.

Zu einer persönlichen Bemerkung gebe ich dem Herrn Abgeordneten von Kardorff das Wort.

Abgeordneter von Kardorff: Der Herr Abgeordnete Bebel hat die Güte gehabt, zu bemerken, daß er über Rußland sehr gut informirt sei,

(Abgeordneter Bebel: Bitte sehr, das habe ich nicht gesagt.)

während ich meinerseits meine Informationen aus der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung schöpfte. — Es ist mir die Aeußerung so referirt worden, ich bitte um Entschuldigung, wenn ich sie nicht richtig wiedergegeben. — Es ist möglich, daß der Herr Abgeordnete Bebel aus nahe liegenden Kreisen dort sehr gute Informationen erhält; aber darüber kann ich ihn beruhigen, daß ich meine Informationen nicht aus der Norddeutschen Allgemeinen schöpfe, da ich diese Zeitung nicht lese.

Präsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Herr Abgeordnete Bebel.

Abgeordneter Bebel: Ich kann dem Herrn Abgeordneten von Kardorff nur antworten, daß ich in Rußland gar keine Verbindungen habe und daß die nihilistischen Kreise in Rußland sich aus ganz anderen Kreisen rekrutiren als die Sozialdemokraten in Deutschland; dort sind es die Gesellschaftskreise des Herrn von Kardorff.

(Große Heiterkeit.)